

Streit um die Zufahrt zum Kalibergwerk

K+S übernimmt Kosten für den Ausbau der Straßen / Aber Ausmaß der notwendigen Sanierung strittig

VON SEBASTIAN KNOPPIK

GIESEN. Zwischen dem Unternehmen K+S und der Gemeinde Giesen gibt es Streit darüber, wie intensiv die Straßen zum geplanten neuen Bergwerk ausgebaut werden müssen. Es sei strittig, wie fest und breit die Straßen künftig gestaltet sein müssen, berichtete Professor Gerd Schmidt-Eichstaedt in einer gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses mit den betroffenen Ortsräten.

Der Berliner Jurist Schmidt-Eichstaedt berät die Gemeinde Giesen bei der Aufstellung eines Bebauungsplans und eines Flächennutzungsplans für die geplante Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerks. Dazu gehört auch ein städtebaulicher Rahmenvertrag, in dem unter anderem die Kostenübernahme für die Straßenerneuerung geregelt werden soll. Während K+S vom Minimalstandard für die Straßen ausgehe, verlange die Gemeinde Straßen, die so breit sind, dass sich dort etwa auch Lastwagen begegnen können.

SPD-Fraktionschef Helmut Meyer verwies darauf, dass es bereits Vorplanungen der Gemeinde für den Ausbau der Straßen gibt. „Das ist doch eine Basis für die Planungen“, sagt er. Im Übrigen gebe es doch Vorschriften für den Ausbau von Straßen. Diese müssten laut Meyer Grundlage für den Vertrag mit K+S sein.

Doch so einfach ist es nach Ansicht von Schmidt-Eichstaedt nicht. Diese Vorschriften seien nämlich nicht so verbindlich wie ein Gesetz. „Das sind Richtlinien“, erklärte der Experte für Bauplanungsrecht. Und von diesen Richtlinien könne eben auch abgewichen werden. Der Vertragsentwurf enthält nun keine konkreten Vorgaben darüber, in welcher Weise die Straßen zu ertüchtigen sind. Stattdessen sieht er vor, dass Gemeinde und/oder K+S spätestens nach der endgültigen Investitionsentscheidung über die Wiederinbetriebnahme des Bergwerks Planentwürfe vorlegen.

Wenn sich beide Seiten nicht innerhalb von zwei Monaten danach „über die erforderlichen Maßnahmen und die zugehörigen Kosten“ einigen, soll eine Schiedskommission einberufen werden.



Der Latherwischweg, Teil der Zufahrt zum Kalibergwerk, ist in einem schlechten Zustand. Nun gibt es Streit darüber, in welchem Ausmaß diese und andere Straßen ausgebaut werden sollen.

Foto: Knoppik

Diese besteht aus insgesamt fünf Mitgliedern. Zwei werden von K+S bestimmt, zwei von der Gemeinde. Der Vorsitzende soll von beiden Seiten gemeinsam bestimmt werden. Einigt man sich in diesem Gremium nicht auf eine Lösung, muss die Sache gerichtlich geklärt werden.

Viele Details des Vertrags sind allerdings immer noch strittig. „Das ist ein absolut erster Entwurf“, stellte Bauamtsleiterin Ilka Schimmelpfennig klar. Am 8. Oktober werden sich Vertreter von Gemeinde und K+S sowie deren juristische Berater noch einmal treffen, um Einzelheiten zu verhandeln.

Den Flächennutzungsplan und den

Bebauungsplan stellt die Gemeinde vor allem deswegen auf, um die Interessen der Anwohner an der Schachtstraße unmittelbar neben dem geplanten neuen Werksgelände zu wahren. Es soll erreicht werden, dass für sie die Lärmbelastung nicht größer wird als in einem Mischgebiet.

Ein Lärmgutachten hat nun ergeben, dass der Lärm nach den derzeitigen Plänen zu hoch wäre. Diese müssen laut Schmidt-Eichstaedt nun geändert werden. „Wenn die Schallschutzprognose zu hoch ist, dann muss umorganisiert werden“, sagte er. Dies bedeute aber nicht unbedingt, dass Gebäude umgesetzt werden. Es reiche möglicherweise

auch aus, an kritischen Stellen einen Schallschutz einzubauen.

Ebenfalls geregelt ist im Bebauungsplan die Begrünung. Unter anderem soll es rund um das Werksgelände, außerdem am Rand der Schachtstraße gegenüber der Werksiedlung sowie am Ostrand der neuen Halde Bäume und Sträucher geben.

Die Entscheidung über Bebauungs- und Flächennutzungsplan sowie über den städtebaulichen Vertrag hat der Ausschuss vertagt. Das komplexe Thema soll zunächst noch einmal in den Fraktionen beraten werden – und dann Anfang November noch einmal auf die Tagesordnung kommen.